Beschluß

des Parteischiedsgerichts der CSU vom 15.03.1993

in Sachen Antrag R, den Beschluß des Ortsvorstands des OV F vom 10.03.1993, die Wahlen zum Ortsvorstand am 25.03.1993 abzuhalten, im Wege der einstweiligen Anordnung auszusetzen:

Für den Erlaß einer einstweiligen Anordnung, die nur im Eilwege ohne mündliche Verhandlung und ohne ordnungsgemäße Anhörung des gesamten Ortsvorstands ergehen könnte, besteht im Augenblick kein Anlaß.

Gründe

1. Die Sache ist nicht so eilbedürftig, daß eine Anordnung noch heute unerläßlich wäre. Wenn die Ladung zur Ortshauptversammlung auf den 25.03.1993 heute ausläuft, ist notfalls noch bis 23.03. 1993 Zeit, den Termin vom 25.03. wieder abzusagen und auf den 02.04. neu zu laden.
2. In der Sache wird der Antrag vermutlich nicht erfolgreich sein.
 - a) Der Beschluß, die Wahlen erst am 02.04. anzusetzen, war rechtswidrig, weil der Parteivorstand gemäß § 46 Abs. 2 der Satzung als spätesten Termin den 15.03.1993 festgesetzt hat.
 - b) Obwohl nicht auf der Tagesordnung stehend, konnte der Antrag als Dringlichkeitsantrag nach § 47 Abs. 5 der Satzung von einem Drittel der OV-Mitglieder eingebracht werden. Wenn die Mehrheit mit 8 Stimmen zugestimmt hat, so sind die formalen Voraussetzungen für einen Dringlichkeitsantrag gegeben. Auch materiell war der Antragsgegenstand dringlich, weil der vorher festgesetzte Termin die vom Parteivorstand gesetzte Frist unzulässig überschritten hat.